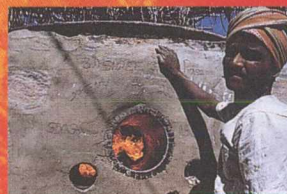


Energiewende Schweiz



Entwicklungspolitisches Plädoyer für
eine ökologische Steuerreform



Arbeitsgemeinschaft
Swissaid
Fastenopfer
Brot für alle
Helvetas
Caritas

Süd-Magazin 6/1998





- 4** Editorial
- 6** Nachhaltige Entwicklung – der Weg der Zukunft
- 10** Schlüsselgrösse Energie
- 16** Irreführende Energiepreise
- 18** Der Süden trägt die Klimalast
- 20** Joint Implementation – das neue Wundermittel?
- 22** Atomenergie – kein Ausweg aus der Klimafalle
- 24** Internationale Zusammenarbeit der Schweiz
- 28** Ökologische Steuerreform – Chance für die Umwelt ...
- 34** ... und für Wirtschaft und Gesellschaft
- 36** Wir fordern – wir handeln
- 39** Hinweise

(Photo rechts: Thomas Kern, Lookat)

Editorial Wenn international tätige Hilfswerke ein Magazin zur Energiepolitik der Schweiz publizieren, ist das mehr als Routine. Was hat unsere Energiepolitik mit Entwicklungszusammenarbeit zu tun? Die Aufheizung der Atmosphäre und andere globale Umweltprobleme sind überwiegend vom Norden verursacht. Wir sind Teil des Problems, aber wir haben auch einen Schlüssel zu dessen Lösung. Wir wissen es: Verlagerung auf erneuerbare Energieformen und haushälterischer Energieverbrauch tun not. Die Energiewende ist ein Schlüsselbeitrag der Schweiz für eine nachhaltige Zukunft weltweit. Dieser Kurswechsel im Norden schafft Spielraum für eigene Entwicklungsperspektiven im Süden, ohne dass wir alle in einer globalen ökologischen Sackgasse landen.

Mit Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit gilt es darauf hinzuwirken, dass in Afrika, Asien und Lateinamerika ebenfalls eine sanfte Energiepolitik verfolgt wird. Bei wachsenden Volkswirtschaften muss der Energiemangel angegangen werden. Aber es kann nicht gleichgültig sein, welche Energieformen zum Zuge kommen. Was die Hilfswerke und der Bund praktisch dazu beitragen, wird aus verschiedenen Projektbeispielen deutlich. Überdies kann die Schweiz über die Mitarbeit in der Weltbank und in UNO-Organisationen auf die Energiepolitik im Süden konstruktiv einwirken. Das vorliegende Süd-Magazin zeigt nicht nur die Notwendigkeit einer Erneuerung der Energiepolitik aus einer entwicklungspolitischen Perspektive. Vielmehr werden

auch Chancen für die Schweiz selber, für unsere Wirtschaft und Umwelt, erkennbar. Eine doppelte Dividende also - im Süden wie im Norden. Deshalb unterstützt die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas die Energieinitiativen - sie sind eine Chance für den Süden wie für uns.

Richard Gerster
Geschäftsleiter der Arbeitsgemeinschaft
Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas





Nachhaltige Entwicklung – der Weg der Zukunft

Einst war sie Grundlage menschlicher Kulturen: Nachhaltige Entwicklung. 1992, am Erdgipfel von Rio, ist sie einem hellen Stern gleich als hoffnungsvoller Leitsatz wieder aufgestiegen. Ihr Glanz soll der Menschheit den gemeinsamen Weg ins 21. Jahrhundert sichern. Nachhaltige Entwicklung heisst: die Lebensgrundlagen schützen; kommenden Generationen die Zukunft bewahren; heisst, allen Menschen, vor allem jenen im Süden, faire Entwicklungschancen einräumen; die ungerechte Verteilung von Wohlstand überwinden; heisst ein Leben in Würde für alle Menschen. Nachhaltige Entwicklung braucht eine Ethik des Handelns. Geprägt vom Prinzip Verantwortung, von den Grundsätzen der Vorsorge und der Rücksicht und vom Gedanken der Gerechtigkeit und Solidarität.

Im Pflichtenheft von Rio, der «Agenda 21», steht klipp und klar: «Die Hauptursache dafür, dass die Umwelt auf der ganzen Erde immer ärger in Mitleidenschaft gezogen wird, ist das unverträgliche Konsum- und Produktionsverhalten, vor allem in den Industriestaaten.» Unser Lebensstil ist nicht globalisierbar. Würden 6 Milliarden Menschen die Ressourcen verprassen wie wir, wäre die Erde ruiniert. Ökologisch wird sich erst Entscheidendes ändern, wenn sich die Industrieländer ändern. «Die Eine Welt» braucht Reformen im Norden. Auch in der Schweiz.

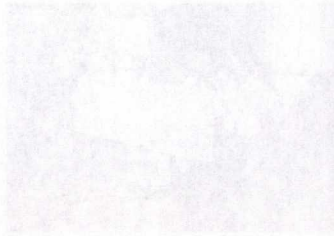
Umweltkrisen sind auch soziale Krisen, sind «Spätfolgen» eines quantitativen Wachstumsdenkens. Begünstigt durch eine Steuerpolitik, die Arbeit bestraft und Ressour-

cenverschleiss belohnt. Dreh- und Angelpunkt zukunfts-fähiger Veränderungen ist die Wirtschaft. Ökonomische Instrumente sind unverzichtbar für einen Wechsel zur Nachhaltigen Wirtschaft. Eines der wirksamsten Instru-mente zur wirtschaftlichen Lenkung ist das Steuersy-tem. Ein wirksames Instrument heisst ökologische Steu-erreform, «Energie statt Arbeit besteuern».



Nachhaltige Lebensweise in Kolumbien: Tumaco an der kolumbianischen Pazifik- küste birgt noch viele Schätze: Mineralien, Tropenhölzer, Fischbestände, Land. Wird die Entwicklung renditehungrigen Investoren überlassen, so ist die Umwelt- zerstörung programmiert: Abholzung und Brandrodung der Wälder, Gefährdung der Biodiversität, Monokulturen, Ausfischung und Vergiftung der Gewässer. Die Lebensweise der lokalen Bevölkerung bietet den besten Schutz für die noch beste- henden grünen Lungen der Erde. Das Fastenopfer unterstützt in Tumaco die Schwarzengemeinschaften, Nachkommen geflohener Sklaven, damit sie mit kol- lektiven Landtiteln ihren Lebensraum weiter nachhaltig nutzen können.

Bild links: Holzflößen in Finnland (Photo: Romano Cagnoni, Dukas)



Im Norden ist das überbordende Konsumverhalten die Basis für Reichtum und materiellen Wohlstand, gleichzeitig aber auch Ursache der Umweltzerstörung. In den Entwicklungsländern ist der Mangel an Energie dagegen eine der Ursachen von Not und Armut und armutsbedingten Umweltschädigungen.
(Photo links: Andreas Schwaiger, Lookat; Photo rechts: Manuel Bauer, Lookat)





Schlüsselgrösse Energie Janus mit seinem Doppelgesicht könnte der Gott der Energie sein. Ohne Energie gibt es kein Leben auf der Erde. Quelle allen Lebens ist die Sonne. Energie führt zu Arbeit, Produktion und Verdienst. Energie heisst Licht und Wärme, Nahrung und Mobilität. Ungehemmte Energieverschwendung war in den letzten Jahrzehnten die Basis für Reichtum und materiellen Wohlstand auf der nördlichen Hälfte der Erdkugel. Gleichzeitig wurde sie zur Ursache der alarmierenden globalen Umweltzerstörung. Der Mangel an Energie dagegen ist in Entwicklungsländern eine der Ursachen von Not und Armut und armutsbedingten Umweltschädigungen. Die ökologischen Grossrisiken dieser Erde sind heute gekoppelt mit dem ständig wachsenden Energiehunger der Menschheit. Sie sind verknüpft mit der ungleichen Ressourcenverteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. «Wieviel Energie braucht der Mensch?», ist zu einer zentralen Frage geworden, Masshalten zum ökologischen Imperativ.

Energie ist eine Schlüsselgrösse für Wirtschaft und Gesellschaft. «Die Energiefrage berührt die Problematik um Lebensstandard und Lebensqualität, um Machtfragen und die Problematik um die brennenden sozialen und kulturellen Fragen», schreibt der Sozialethiker Hans Ruh. Der Weg der Nachhaltigen Entwicklung führt somit über die Energiepolitik. Davon, wie sorgfältig wir künftig mit der Ressource Energie umgehen, wird die Zukunft der Menschheit entscheidend beeinflusst: Die Erd-



ölvorräte zum Beispiel gehen in 40 bis 50 Jahren zu Ende. Wie wir Energie nutzen, verteilen, welche Energiequellen wir fördern, auf welche wir im Interesse kommender Generationen verzichten, wer Zugriff zu den «Quellen» und Anlagen hat und wie es zu einer gerechten Aufteilung der vorhandenen Ressourcen kommt, diese Fragen müssen wir beantworten. Die ökologische Neuordnung der Energienutzung auf der Basis von erneuerbaren Energien ist eine Hauptaufgabe für das 21. Jahrhundert.

Ein Dach von 1000 km Länge: Micro-Concrete-Roofing sind leichte Betonziegel, die in Entwicklungsländern in Kleinwerkstätten hergestellt werden. Vom Wohnhaus zum Kirchendach und von der selbstgebauten Hütte zur Markthalle wurden in ca. 30 Ländern über 10 Mio. m² Ziegel verwendet. Seit 1995 in einem internationalen Team unter der Leitung der Schweizer Büros SKAT und Intep entwickelt, hat sich diese arbeitsintensive Technologie rasch verbreitet. Mit Unterstützung der DEZA im Bereich Ausbildung und Marketing wurden rund 5000 neue Arbeitsplätze geschaffen. In über 800 Werkstätten werden in Lateinamerika, Asien und Afrika mit lokalen Materialien umweltfreundliche Dachziegel produziert. Die Erfolgsgeschichte ist das Resultat einer engen Zusammenarbeit von Bund, NGOs und Industrie. (siehe Bilder oben)

Bild links: Das Potential der effizienten Energienutzung ist enorm, auch in der Schweiz.









**Während die Erdölvorräte in 40-50 Jahren zur Neige gehen,
gehört die Zukunft erneuerbaren Energien wie z.B. Wind und Sonne.**

(Photo Seite 12/13: Thomas Kern, Lookat; Photo links: Prisma;

Photo rechts unten: Grosset/Spooner, Dukas)

Irreführende Energiepreise Die Ökonomie spricht vom «1950er Syndrom». Seit Mitte der 50er Jahre sind die Energiepreise real ständig gesunken. Mit kurzen Unterbrechungen - u. a. während der Ölkrise 1973 - hält der Preiszerfall bis heute an. Während sich die Löhne in der Schweiz seit 1950 nahezu verzehnfacht haben, hat sich der Preis für Benzin kaum verdoppelt. Hätte der Preis für Benzin mit den allgemeinen Lebenshaltungskosten Schritt gehalten, würde der Liter heute 5 Franken kosten.

Während sich die Arbeitsproduktivität zwischen 1963 und 1993 mehr als verdoppelte, stieg die Energieproduktivität bloss um 25%, wobei der Anstieg erst durch die Erdölkrise 1973 ausgelöst wurde.

Die tiefen Energiepreise sind das Resultat einer kurz-sichtigen «Verbilligungspolitik» durch den Staat. In der Schweiz wurden bis anhin die Strompreise durch die öffentliche Hand, die an vielen Elektrizitätsunternehmen beteiligt ist, «geschützt». In den Preisen sind die externen Kosten, also die Kosten für Umwelt-, Gesundheits-, Landschafts- und Gebäudeschäden, nicht enthalten. Sie betragen in der Schweiz jährlich rund 16 Milliarden Franken. Das entspricht den gesamten Krankenkassenprämien. Bezahlen müssen sie die Allgemeinheit, die Natur und die Generationen nach uns. Krasses Beispiel ist der Atomstrom. Weder die hohen Kosten für die Langzeitlagerung des Atommülls noch die Kosten für die Stilllegung der AKW sind mit den heutigen Preisen vollständig gedeckt. Obwohl bei einer Reaktorkatastrophe Schäden in Milliardenhöhe entstehen würden, müssen sich die Betreiber nur für 700 Millionen versichern. Für den Rest haften die SteuerzahlerInnen.

In der Marktwirtschaft gibt der Preis das entscheidende Signal. Spricht er nicht die Kostenwahrheit, steuern Angebot und Nachfrage in die falsche Richtung. Bei der Energie signalisiert der Markt fatalerweise Überfluss für

ein begrenztes Gut. Statt haushälterischer Umgang ist Verschwendung die Folge. Wirtschaft und Gesellschaft der Industriestaaten, Produktions- und Konsumverhalten sind geprägt davon. Billige Energie heisst energieintensiv statt arbeitsintensiv produzieren. Resultat: Umweltkrisen und zunehmende Arbeitslosigkeit.



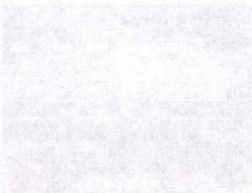
Kochen mit Sonne in Kenia: Auch in Kenia gibt es vermehrt Gegenden, wo die Versorgung mit Brennholz - der wichtigsten Energiequelle - knapper wird. Helvetas unterstützte deshalb «The Institute of Cultural Affairs», eine einheimische Nichtregierungsorganisation, bei der Produktion, Einführung und Verbreitung von Sonnenkochern, die in der Schweiz entwickelt wurden. Die neue Technologie stiess bei der Bevölkerung auf viel Sympathie, teilweise sogar Begeisterung. Die Anwendung im Alltag bestätigte aber auch, dass die Nachhaltigkeit einer solchen Neuerung gefährdet ist, wenn das sozio-kulturelle, ökonomische und natürliche Umfeld nicht genügend berücksichtigt wird.



Der Süden trägt die Klimalast Wie eine Fieberkurve steigt die Temperatur der Erde an. Ursache ist ein zu hoher und zu rascher Ausstoss von Kohlendioxid (CO₂) in die Atmosphäre. Er ist das Resultat einer beispiellosen Verschwendung fossiler Energie. Die grossen Klimasünder sitzen im Norden der Erdhalbkugel. 80 Prozent des von Menschen verursachten CO₂-Treibhausgas gehen auf das Konto der Industriestaaten. Vor allem der entfesselte motorisierte Verkehr und der Flugverkehr schlagen zu Buche. Unsere Gesellschaft und Wirtschaft hängen wie Süchtige am Tropf der zu billigen nicht-erneuerbaren Energien. Auf der anderen Seite leben im Süden über zwei Milliarden Menschen ohne Energieversorgung. Energie ist heute eine Frage der Gerechtigkeit und der Chancengleichheit. Die Folgen der Klimaerwärmung sind sicht- und spürbar. Opfer davon sind vor allem die Menschen im Süden, speziell Frauen und Kinder. Der Anstieg der Meeresspiegel, die Überschwemmungen, die häufiger werdenden Dürrekatastrophen, die Waldbrände, die heftigen Tropen-

Gegen Klimaschäden in der Sahelzone: Die Niederschlagsmenge im Sahelgebiet ist in den letzten Jahren stetig zurückgegangen. Die Menschen sind gezwungen, unter grossen Anstrengungen die negativen Folgen des Klimawandels zu reduzieren, zum Beispiel in Rambo, Burkina Faso. Steinmauerchen fördern das Einsickern und Konservieren der Feuchtigkeit auf den Hirsefeldern, Brunnen und Wasserlöcher sichern das Wasser für Gemüsebau während der Dürrezeit. In der Vereinigung Action Sahel Fertile leisten die Menschen Grosses. Das Fastenopfer stärkt ihre Organisation und übernimmt Kosten von Hilfsmitteln, welche ihre Anstrengungen wirksamer machen. (siehe Bild links)

Bild rechts: Der rasant ansteigende Flugverkehr gehört zu den schlimmsten Klimasündern. Eine internationale Flugbenzinbesteuerung tut not.



stürme, die Zunahme von Krankheiten wie Malaria und Denguefieber treffen die armen Länder zuerst. Ökoflüchtlinge sind die Vertriebenen des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Die Allianz der kleinen Inselstaaten AOSIS hat die Alarmglocke gezogen. Die Inseln sind vom Untergang bedroht. Ihre Forderung an die Industriestaaten: Senkung der CO₂-Emissionen um 20% bis ins Jahr 2005, gemessen am Basisjahr 1990.

Die Klimakonvention von Rio gibt dem globalen Klimaschutz politische Priorität; sie ist völkerrechtlich verbindlich. Das Gros der Staaten, darunter die Schweiz, hat die Konvention ratifiziert. Die Industriestaaten übernehmen die Hauptverantwortung für das Erreichen der CO₂-Reduktionsziele. Das Kyoto-Protokoll von Ende 1997 verpflichtet sie allerdings bloss zur Verringerung von durchschnittlich 5,2% bis zum Jahre 2012. Die Schweiz muss um 8% absenken. Beim Verkehr, einem der Hauptklimasünder, will der Bundesrat trotzdem nur magere 5% reduzieren. Der Ruf «Klima in Gefahr» hat weltweit bis heute kaum die Zuwachsraten gebremst.



Bild links: Mit den heute verfügbaren Technologien lässt sich der Energieverbrauch in der Schweiz ohne Komforteinbusse massiv senken, z. B. hier durch angepasste Dachisolation.

Joint Implementation – das neue Wundermittel?

Joint Implementation (JI) heisst zu deutsch «gemeinsame Umsetzung». Verankert ist das neue Instrument in der Klimakonvention. Es ermöglicht einem Land, seinen CO₂-Ausstoss nicht bei sich zu Hause reduzieren zu müssen. Es kann die Klimaschutzinvestitionen dort tätigen, wo sie am kostengünstigsten sind.

Die Industriestaaten können so ihre Klimapflicht billiger in den Entwicklungsländern und den Staaten des ehemaligen Ostblocks erfüllen. Die jenseits der Landesgrenze eingesparten Klimagase werden dem eigenen Konto gutgeschrieben. Die Schweiz will JI im CO₂-Gesetz verankern. Gegenwärtig beteiligt sie sich an einer dreijährigen Pilotphase, um die Zweckmässigkeit des Instrumentes zu prüfen.

Die Gefahren des Konzeptes sind offensichtlich: Der Handel mit warmer Luft wird zum Ablasshandel, wenn die Industriestaaten ganz auf Joint Implementation setzen. Die Anpassungsleistungen werden im Süden «eingekauft».

Der Kurswechsel des Nordens zur Nachhaltigen Entwick-



Effizienz statt Verschwendung: Die Schweiz hat im Rahmen ihres Pilotprogramms für Joint Implementation einem ersten Projekt zur Erneuerung von Fernheizsystemen in Rumänien zugestimmt. Saniert werden sollen zwei Systeme mit je 10 MW Wärmeleistung in den Städten Buzau und Pascani. Bis heute wurde hier in Gasheizkesseln Wärme erzeugt, welche ohne bedarfsabhängige Regulierung über kaum isolierte Leitungen an die zugehörigen Wohnhäuser verteilt wurde (Wirkungsgrad kleiner als 50%). Mit den neuen Blockheizkraftwerken und Leitungen können rund 139'000 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden. (Photos: Ernst Basler & Partner)

lung gerät ins Abseits. Energieverschwendung im Norden geht weiter, Effizienzschub («Faktor vier») und Strukturwandel finden nicht statt. Neue Technologien sind blockiert und stehen für den Technologietransfer nicht zur Verfügung. Eine zukunftsfähige Entwicklung des Südens wird behindert.

Joint Implementation ist deshalb nur dann sinnvoll und nützlich, wenn klare Kriterien gelten: Sie soll als zusätzliches Mittel eingesetzt werden und nicht vom eigenen Kurswechsel ablenken. Die CO₂-Verringerung muss als Hausaufgabe gelöst werden. Vorrangig sind Projekte zur effizienten Nutzung und zur Einsparung von Energie zu finanzieren. Bei der Energiegewinnung müssen die erneuerbaren Energien und die angepassten Technologien zur dezentralen Versorgung gefördert werden, nicht Grosskraftwerke. Diese sind oftmals ökologisch und sozial äusserst fragwürdig. Gross-Staudammprojekte halten der Optik der Menschenrechte nicht stand, da sie mit Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen der dort lebenden Menschen realisiert werden.



Atomenergie – kein Ausweg aus der

Klimafalle «Mit Atom gegen das CO₂» ist eine Forderung, die wieder Konjunktur hat. Aber die Gleichung «mehr Atomstrom = weniger CO₂» geht nicht auf. Diese Strategie zu verfolgen wäre fatal; hiesse, den Teufel mit dem Belzebug austreiben. «Die Frage lautet nicht, Atomenergie oder Klimakatastrophe, sondern Klimaschutz ohne Atomenergie oder radioaktives Treibhaus», schreibt das Ökoinstitut Darmstadt.

Europa und die Schweiz schwimmen in riesigen Stromüberschüssen aus atomaren und fossilen Kraftwerken. Der Schutz des Klimas aber verlangt eine Drosselung des Energieverbrauchs und ein Umsteigen auf erneuerbare Energien. Dazu braucht es die Energiewende. «Faktor vier» bringt die Lösung. Das heisst: viermal weniger Energieverbrauch für die gleiche Produktion, heisst Vervielfachung der Ressourcenproduktivität. «Faktor vier» ist mit den vorhandenen Technologien zu realisieren und ist ökonomisch erst noch attraktiv. Schweden hat sich bereits «Faktor 10» zum Ziel gesetzt.

Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien wie Sonne, Biomasse, Wind und Umgebungswärme, gehört der Energieeffizienz mit Technologien wie Wärme-Kraft-

Bewahrt die Insel vor der Atomenergie! Seit 1980 plant die indonesische Regierung in der Nähe des Berges Miria, in Zentraljava, den Bau des ersten AKW. Ihre Argumente: Rapides Wachsen der industriellen Entwicklung benötigt mehr Energie, Atomenergie ist die sauberste und billigste Energiequelle und es gehört zum Nationalstolz, Atomenergie zu besitzen. Umweltaktivisten, muslimische und christliche Kirchenführer, Intellektuelle und NRO wie die langjährigen HEKS-Partner widerlegten die Argumentation. 1985 gab die Regierung eine Machbarkeitsstudie in Auftrag, um ausländische Investoren zu ködern und gleichzeitig den Widerstand gegen das AKW zu brechen. Die Antwort war eine verstärkte Vernetzung der Gegnerschaft im In- und Ausland und fundierte Information über die Gefahren der Atomenergie. Die Regierung ist nach wie vor unschlüssig über den Bau des AKW. Der Widerstand wird fortgesetzt. (Photo: Caroline Minjolle, Lookat)

Koppelung und Wärmepumpen, aber auch dem 3-Liter-Auto. Eine Studie des Bundes zeigt, dass die Schweiz ihren CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2030 um 50 Prozent senken kann, wenn sie auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzt und aus der Atomkraft aussteigt - und damit erst noch Arbeitsplätze schafft. Der Klimaveränderung, den Risiken der Atomkraftwerke und der jahrtausendelangen Strahlengefahr für Menschen und Umwelt durch die radioaktiven Abfälle muss mit der Effizienzrevolution begegnet werden. Nur sie führt zur Nachhaltigkeit. Was es dazu braucht, sind die politischen Rahmenbedingungen. Atomausstieg und Lenkungsabgaben auf nicht-erneuerbaren Energien sind unabdingbar.

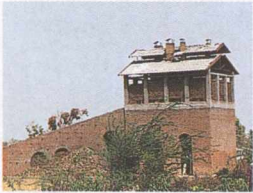
Internationale Zusammenarbeit der Schweiz

Multilaterale Organisationen sind entscheidende Akteure für das Gelingen des Kurswechsels zur Nachhaltigen Entwicklung. Übereinstimmung von Wissen und Handeln ist das A und O der internationalen Zusammenarbeit. Die Schweiz ist Mitglied wichtiger Organisationen. Sich für Kohärenz einzusetzen, muss eine Hauptaufgabe sein.

Im Energiesektor sind multilaterale Organisationen in vielen Ländern Weichensteller und Hauptgeldgeber. So spielt die Weltbank nach eigenen Angaben im Bereich Energie in Entwicklungsländern eine Katalysatorrolle. Mit ihrer Politik beeinflussen sie zudem das Verhalten privater Investoren und bilateraler Geldgeber. Der entscheidende Wechsel seit Rio hat in der Energie- und Klimapolitik der Weltbank nicht stattgefunden. Die klimarelevanten fossilen Energieträger und umstrittenen Grossprojekte verschlingen weiterhin Milliardenbeträge. Nur knapp 3% des Kreditvolumens gehen in erneuerbare Energien und deren dezentrale Gewinnung. Dabei bräuchte die Sonne Entwicklung in den Süden. Die meisten Länder liegen im «Sonnengürtel der Erde». Sonne verhilft den Ärmsten zu Strom- und Wasserversorgung in ländlichen Gegenden, produziert keine Schadstoffe, ist ökonomisch günstig.

Die Globale Umweltfazilität (GEF) ist ein - leider viel zu bescheiden alimentierter - Fonds, der u. a. zur Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen im Süden dient. Die GEF ist ein realer Pluspunkt von Rio. Verwaltet wird sie

von der Weltbank, dem UN-Umweltprogramm (UNEP) und dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP). Die GEF-Entscheide beeinflussen auch die UNEP- und UNDP-Projekte. Die Schweiz ist aktives Mitglied und Geldgeberin der GEF. So hat das Parlament für die kommenden 5 Jahre einen neuen Kredit von 70 Mio. Franken bewilligt. Intensiv arbeitet die Schweiz auch beim UNEP mit. Glaubwürdigkeit herzustellen zwischen unserer innenpolitischen Philosophie der Nachhaltigen Entwicklung und den Entscheiden der internationalen Organisationen, muss Ziel dieser Arbeit sein.



Brennofenprojekt in Indien: Die grosse Nachfrage nach Backsteinen und anderen Baumaterialien führt zu einer Verknappung von Brennholz und Kohle und zu Umweltproblemen wie Abholzung, Luftverschmutzung und CO₂-Emissionen. Im Rahmen des DEZA-Energie- und Umweltprogramms in Indien wird deshalb eine neue Brennofentechnologie aus China eingeführt, die gegenüber herkömmlichen Öfen 25% bis 65% Energie einspart. Unter Beizug von internationalen Experten wurden in Indien bisher drei Öfen gebaut, die zurzeit eine Testphase durchlaufen, um Energieeffizienz und Markttauglichkeit zu beweisen. Die Schweizer Unternehmen SKAT (St. Gallen) und Sorane (Lausanne) unterstützen die indischen NGOs «Development Alternatives» und «Tata Energy Research Institute» bei der Umsetzung des Projekts.

Bild folgende Seite: Die Sonne als Energiequelle ist ökologisch und ökonomisch günstig. Sie stünde den Entwicklungsländern unbegrenzt zur Verfügung. Würden die geeigneten Rahmenbedingungen zu deren Nutzung geschaffen, könnte die Solarenergie vielfältigste Anwendung finden. (Photo: Manuel Bauer, Lookat)





Biogas zum Kochen in Kolumbien: Die Bauern- und Indianervereinigung ASPROINCA in Rio-sucio / Caldas arbeitet mit Unterstützung von Swissaid in verschiedenen Municipios in einer subtropischen Hügelzone, in der Kaffeeanbau und extensive Viehwirtschaft die wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionszweige sind. Das Programm umfasst v. a. die Förderung des biologischen Landbaus. Mit praktischer Ausbildung, mit Beratung und mit Krediten werden die standortgerechte Landwirtschaft, der Schutz des Bodens vor Erosion, die Kleintierhaltung

Ökologische Steuerreform – Chance für die Umwelt ... Wir müssen umsteuern. Wir zahlen die falschen Steuern. In vielen Ländern dieser Erde schädigen Steuern und Abgaben sowohl die Umwelt wie auch die Volkswirtschaft. Umwelt- und Beschäftigungsprobleme gehören zu den drängenden Herausforderungen unserer Zeit. Unser Steuersystem gibt das Signal: Spare Arbeit - verschwende Natur. Die menschliche Arbeit ist zu teuer, die Energie zu billig. Zerstörung der Lebensgrundlagen und zunehmende Arbeitslosigkeit sind die Folgen. Das muss geändert werden. Nicht, indem wir mehr Steuern einführen, sondern indem wir das Steuersystem ändern. Steuern müssen der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft dienen. Marktwirtschaftliche Instrumente sind entscheidend beim Wechsel zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Eine ökologische Steuerreform nach dem Grundsatz «Energie statt Arbeit besteuern» bringt eine ökologische, eine ökonomische

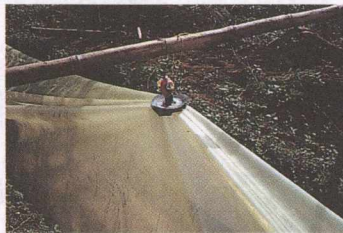


mit lokal vorhandenen Futtermitteln, die Vermarktung der Produkte und die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs aus den Gemeinschaftsläden gefördert.

Die Vereinigung arbeitet mit ca. 1000 Familien. Ziel ist die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft mit geschlossenen Nährstoffkreisläufen und integrierter Tierhaltung. Die von den Bauern entwickelten Biogasanlagen leiten das aus Exkrementen von Schweinen entstehende Methangas in die Küche zum Kochen.

und eine soziale Dividende: weniger Umweltzerstörung und volkswirtschaftliche Kosten, mehr Arbeitsplätze und Beschäftigung. Statt Menschen werden Kilowattstunden arbeitslos. Das Prinzip ist einfach: Energiepreise erhöhen und mit den Einnahmen die Arbeitskosten senken, z. B. die hohen Sozialabgaben. «Es ist gut, schlechte Dinge zu besteuern, und schlecht, gute Dinge zu besteuern», schrieb schon 1920 der Ökonom A. C. Pigou.

Eine Steuer auf nicht-erneuerbaren Ressourcen bekämpft Energieverschleiss und Raubbau, verbessert die globale Umweltsituation, verringert den Treibhauseffekt und die Luftbelastung. Die Besteuerung von Öl, Gas, Kohle und Atomstrom bringt Anreize für einen sparsamen und haushälterischen Einsatz. Das Potential der effizienten Energienutzung ist enorm, auch in der Schweiz. Mit den besten heute verfügbaren Technologien lässt sich der Stromverbrauch in unserem Land ohne Komforteinbusse um 30-40% senken. Damit würden 4 AKW überflüssig.



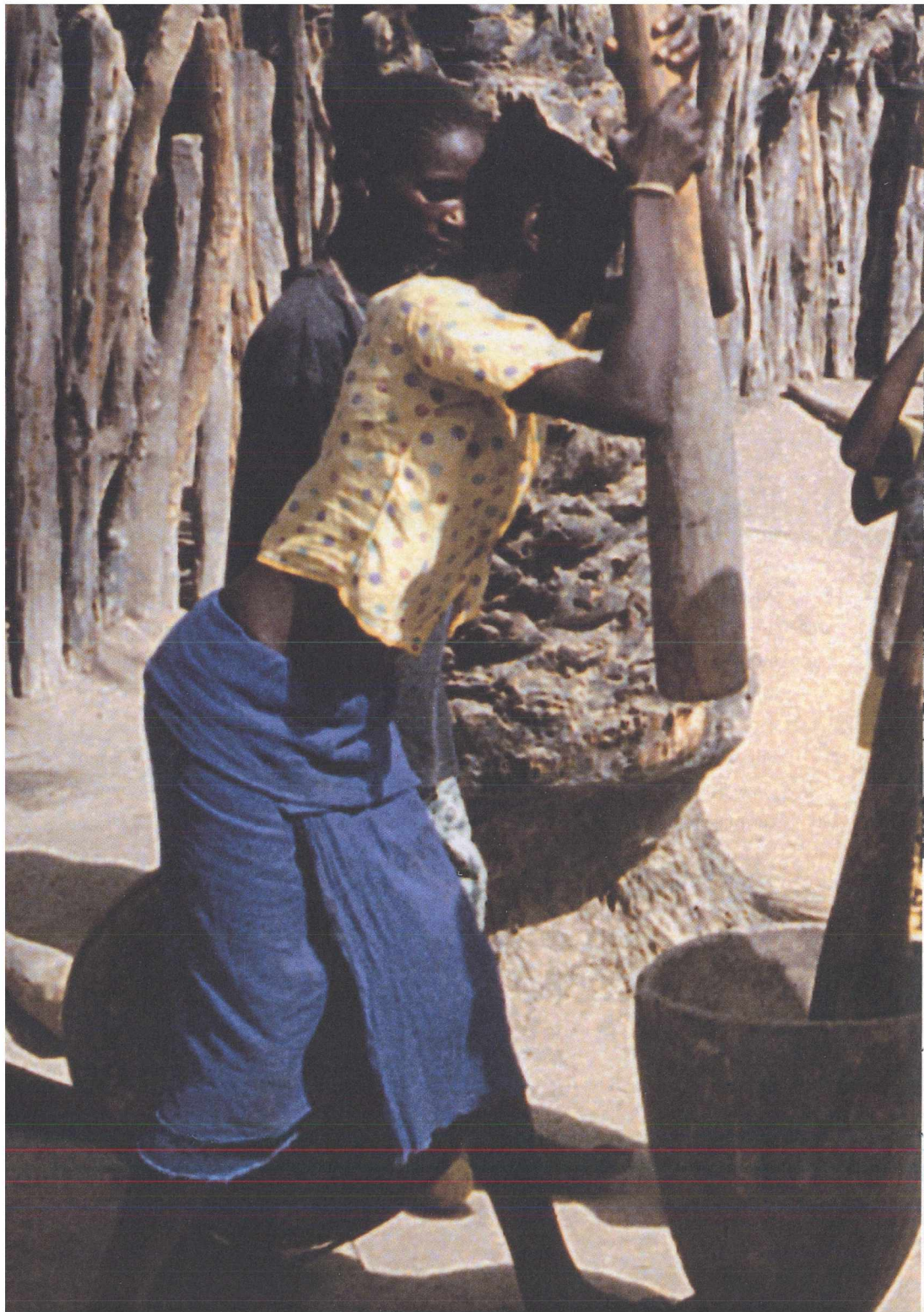


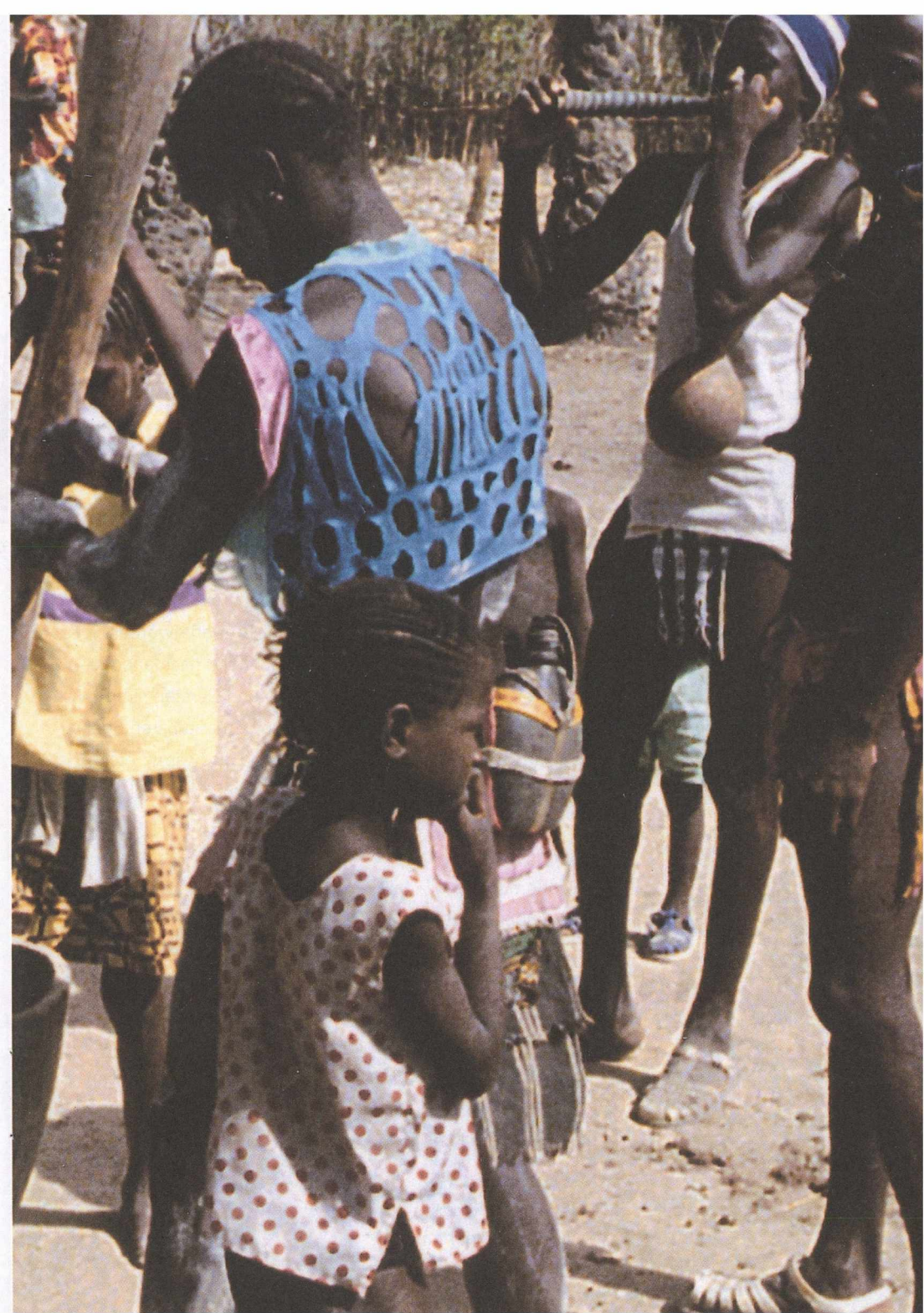


Wieviel Energie braucht der Mensch? – 80 Prozent des von Menschen verursachten CO₂-Treibhausgases gehen auf das Konto der Industriestaaten. Während die Industrieländer im Überfluss praktisch ersticken, leben im Süden über zwei Milliarden Menschen ohne Energieversorgung.

Bild folgende Seite: Um den täglichen Nahrungsmittelbedarf zu decken, müssen diese Frauen in Guinea-Bissau Schwerarbeit leisten. Ihnen steht keine Energiequelle zur maschinellen Verarbeitung der Reisproduktion zur Verfügung.

(Photo: Guy Bär)







... und für Wirtschaft und Gesellschaft

«Energie statt Arbeit besteuern» ist eine Chance für die Wirtschaft. Damit gelingt der Aufbruch zum ökologischen Umbau, der einen Investitions- und Innovationschub auslöst. Der Umweltsektor ist ein grosser Wachstumsmarkt. Wer jetzt einsteigt, wird einen Wettbewerbsvorsprung haben. Der Ökonomie der Schadensvermeidung gehört die Zukunft. Die OECD geht von einer Verdoppelung der Umweltbranche bis zur Jahrhundertwende aus. Kleine und mittlere Betriebe werden die grossen Gewinner sein. Die Nachfrage nach energiesparenden, effizienten Technologien und Geräten nimmt zu, dezentrale Energieversorgung mit erneuerbaren Energien wie Biomasse, Holz, Sonne, Wind, Erdwärme etc. wird rentabel. Die einheimische Wertschöpfung steigt.

«Energie statt Arbeit besteuern» schafft Arbeit in doppeltem Sinne: Einerseits wird menschliche Arbeit gegenüber dem Energieeinsatz wieder konkurrenzfähiger. Die Energiewende bringt andererseits neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze in grosser Zahl: im produzierenden Gewerbe, im Handwerk, im Handel, in Planungs- und Beratungsbüros, im Kreditgeschäft.

Eine ökologische Steuerreform entlastet langfristig den Staatshaushalt. Durch die Internalisierung der externen Kosten in die Energiepreise werden viele Umweltschäden, die bis heute der Staat bezahlt, nicht mehr entstehen. Die hohen Arbeitslosen- und Fürsorgegelder werden zurückgehen.

Die im Norden entwickelte, angepasste Technologie zur dezentralen Energieversorgung ist für den Transfer und den Einsatz in Entwicklungsländern wichtig. Nur damit wird ihre wirtschaftliche Entwicklung sozial und ökologisch verträglich sein.

Am Erdgipfel von Rio haben die Industriestaaten die Hauptverantwortung übernommen für den globalen Weg der Nachhaltigen Entwicklung. Eine ökologische Steuerreform ist eine nationale Antwort der Schweiz auf diese Herausforderung. Sie ist ein Beitrag zur Globalisierung von Solidarität, Chancengleichheit und Gerechtigkeit.



Kleinstwasserkraftwerke in Nepal: Basierend auf dem Prinzip der in Europa bekannten Ossberger-Turbine begann das von Helvetas unterstützte nepalisch-schweizerische Gewerbeunternehmen Balaju Yantra Shala in den 70er Jahren mit der Entwicklung einer Durchströmturbine. Die Nachfrage nach einer verbesserten Nutzung von Wasserenergie kam von Seiten der privaten Getreide- und Ölsaat-Mühlen-Betreiber und der nepalischen Regierung, welche eine Initiative zum Bau von dezentralen Kleinstkraftwerken ergriff. In den späten 70er Jahren wurden jährlich über zwanzig Mühleanlagen gebaut; in den 80er Jahren kam der Bau einiger Kleinstkraftwerke dazu.

Bild links: Eine Folge der Steuerpolitik, die Arbeit bestraft und Ressourcenverschleiss belohnt, ist die zunehmende Arbeitslosigkeit. (Photo: Ana Feric, Lookat)



Wir fordern –

- **Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips in der Bundesverfassung.** Nachhaltige Entwicklung muss zur Leitmaxime staatlichen Handelns werden.
- **Umsetzung der ökologischen Steuerreform nach dem Grundsatz «Energie statt Arbeit besteuern».** Der Weg der Nachhaltigen Entwicklung beginnt mit dem öko-sozialen Umbau der Wirtschaft über die Energie.
- **Der CO₂-Ausstoss der Schweiz muss bis ins Jahr 2010 um mindestens 20% gesenkt werden.** Die für die Schweiz ausgewiesenen Spar- und Effizienzpotentiale lassen diese Reduktion problemlos zu.
- **Joint Implementation darf nur als zusätzliches Instrument zur Unterstützung der Entwicklungsländer zur CO₂-Verringerung eingesetzt werden.** Der Kurswechsel zur Nachhaltigen Entwicklung muss in den Industriestaaten eingeleitet werden.
- **Die Schweiz muss 0,4% des Bruttosozialprodukts (BSP) für Entwicklungszusammenarbeit investieren.** Es braucht grosse zusätzliche finanzielle Mittel, um eine Nachhaltige Entwicklung in die Tat umzusetzen, nicht zuletzt für den Energiesektor der Entwicklungsländer. Die Industriestaaten haben in Rio diese Finanzhilfe zugesichert.
- **Private Investoren sollen in Entwicklungsländern nur Energieprojekte realisieren, die den Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung standhalten.** Die UNO stellt fest, dass «das private Kapital bisher Projekte vermieden hat, deren Hauptzweck es ist, ökologischen und sozialen Nutzen zu stiften».



wir handeln

- ✓ **Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und andere schweizerische Hilfswerke tragen im Rahmen ihrer Auslandarbeit zu einer nachhaltigen Energienutzung bei.**
- ✓ **Mit ihrem «Alternativen Aktionsplan für eine zukunftsfähige Schweiz» und einem «Nord/Süd-Manifest für Nachhaltige Entwicklung» hat die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas einen Weg zur Nachhaltigen Entwicklung aufgezeigt.**
- ✓ **Mit einer mehrjährigen Kampagne zur Nachhaltigen Entwicklung der Schweiz leistet die Arbeitsgemeinschaft Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit. Ihre «Nord/Süd-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung» führte EntscheidungsträgerInnen aus aller Welt zusammen.**
- ✓ **Zusammen mit CUTS, einer indischen Partnerorganisation, trägt die Arbeitsgemeinschaft zur Umsetzung des Montreal Protokolls bei, das die Bekämpfung des Ozonlochs zum Ziel hat. Mit Workshops in allen Erdteilen soll FCKW-freien Kühlschränken zum Durchbruch verholfen werden.**
- ✓ **Die Arbeitsgemeinschaft arbeitet aktiv mit im Rat für Nachhaltige Entwicklung, der für den konkreten «Nach-Rio-Prozess» der Schweiz eine Katalysatorrolle spielt.**
- ✓ **Die Arbeitsgemeinschaft unterstützt die Solar-Initiative und die Energie-Umwelt-Initiative und setzt sich für eine ökologische Steuerreform ein.**

Bilder von links nach rechts: Nationalrat, Solarpumpen in Malaysia, Biogasproduktion in Nepal, Windenergie in Sri Lanka



Literatur

- AxtPh./Höfer T./Vestner K. (Hrsg.), Ökologische Gesellschaftsvisionen, Birkhäuser 1996
- Dürr H. P./Gottwald F. T. (Hrsg.), Umweltverträgliches Wirtschaften, Agenda-Verlag 1995
- Minsch J./Eberle A./Meier B./Schneidewind U., Mut zum ökologischen Umbau, Birkhäuser 1996
- Müller M./Hennicke P., Mehr Wohlstand mit weniger Energie, WBV-Verlag 1995
- Nutzinger Hans G. (Hrsg.), Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung, Metropolis-Verlag 1995
- Ruh Hans, Störfall Mensch, Wege aus der ökologischen Krise, Kaiser Taschenbücher 141;1995
- Staehelin-Witt E./Blöchlinger Hj., Ökologisch orientierte Steuerreformen, Haupt 1997
- von Weizsäcker E. U./Lovins A. B./Lovins L. H., Faktor vier, Droemer Knauer 1995
- Wöhlcke M., Der ökologische Nord-Süd-Konflikt, Beck'sche Reihe 1993

Impressum

Konzept/Text: Rosmarie Bär

Redaktion/Koordination: Kathrin Spichiger

Grafik: P'INC. AG, Langenthal

Druck: Merkur Druck, Langenthal

Übersetzung: Jean-François Zurbriggen

Fotos: Richard Gerster, Fastenopfer, Intep, Helvetas, Ernst Basler & Partner, DEZA, Bildagentur Lookat, Presse Agentur L. Dukas, Prisma, Guy Bär, ICA Kenia, Swissaid

Titelseite: ALI, Richard Gerster,

Claude Marthaler/Lookat

Bestelladresse: Arbeitsgemeinschaft, Postfach 6735, 3001 Bern

Einzelexemplar: Fr. 3.- plus Porto, ab 10 Ex. nach Absprache

Bild: Mangels anderer Energie-ressourcen sind Frauen im Süden häufig gezwungen, ihre Umwelt zu zerstören. Sie benötigen das immer knapper zur Verfügung stehende Brennholz zum Kochen.

Die fünf Trägerorganisationen unterstützen umfangreiche Programme und Projekte von Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

SWISSAID ☸

Jubiläumsstrasse 60
3000 Bern 6
Tel. 031-351 33 11
Fax: 031-351 27 83
E-mail: postmaster@swissaid.ch



Habsburgerstrasse 44
Postfach 2856, 6002 Luzern
Tel. 041-210 76 55
Fax: 041-210 13 62
E-mail: fastenopfer@mail.tic.ch



Monbijoustrasse 29
Postfach 5621, 3001 Bern
Tel. 031-380 65 65
Fax: 031-380 65 64
E-mail: bfa@swissonline.ch

◀ **helvetas** ▶

St. Moritzstrasse 15
Postfach 181, 8042 Zürich
Tel. 01-368 65 00
Fax: 01-368 65 80
E-mail: helvetas@helvetas.ch

CARITAS

Löwenstrasse 3
6002 Luzern
Tel. 041-419 22 22
Fax: 041-410 20 64
E-mail: caritas@caritas.ch

Die Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas und Caritas haben sich seit 1971 in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um gemeinsame Ziele wirksamer zu verfolgen. In Bern, Lausanne und Lugano werden öffentliche Dokumentationsstellen zu Nord-Süd-Fragen geführt. Entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wird gefördert. Gemeinsames Auftreten gegenüber den Behörden und in der Öffentlichkeit soll mehr Rücksichtnahme auf die Menschen des Südens in unseren Beziehungen zu Afrika, Asien und Lateinamerika bewirken.



*Arbeitsgemeinschaft
Swissaid
Fastenopfer
Brot für alle
Helvetas
Caritas*

Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/ Brot für alle/Helvetas/Caritas

Postfach 6735, 3001 Bern
Tel. 031-381 17 11, Fax: 031-381 17 18
E-mail: mail@swisscoalition.ch
Homepage: <http://www.swisscoalition.ch>

Communauté de travail Swissaid/Action de carême/ Pain pour le prochain/Helvetas/Caritas

Avenue de Cour 1, C. P. 164, 1000 Lausanne 13
Tél. 021-612 00 95, Fax: 021-612 00 99
E-mail: doc@cdt.int.ch
Homepage: <http://www.swisscoalition.ch>

Comunità di lavoro Swissaid/Sacrificio Quaresimale/ Pane per i Fratelli/Helvetas/Caritas

Via Besso 26, C. P. 86, 6903 Lugano
Tel. 091-967 38 40, Fax: 091-966 02 46
E-mail: sudnord@dial.eunet.ch